

Scharfe Warnung an Moskau

Energische Note der Westmächte zum Berlin-Verkehr

London/Berlin (upi/ap). Die Westmächte haben in klaren und unmißverständlich formulierten Noten an die Sowjetunion vor jeder Behinderung des freien Zugangs nach Berlin gewarnt und hervorgehoben, daß irgendwelche Behinderungen des Luftverkehrs von der Bundesrepublik nach der deutschen Hauptstadt eine „gefährliche Situation“ schaffen würden. Gleichzeitig wurde die sowjetische Behauptung zurückgewiesen, Berlin liege auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone. Bonner Regierungskreise und der Berliner Senat begrüßten die gleichlautenden Noten der Westmächte.

Die bereits in der Vorwoche der Sowjetregierung übermittelten Noten sind die Antwort auf eine sowjetische Note vom 26. September. Energisch weisen die Westmächte die sowjetische Beschuldigung zurück, sie hätten revanchistische Umtriebe der Bundesrepublik in Berlin unterstützt oder ermutigt. Wörtlich heißt es: „Die Veranstaltungen, die vor kur-

zem in Berlin stattfanden und auf die sich die sowjetische Regierung in ihrer Note bezieht (gemeint sind der „Tag der Heimat“ und das Heimkehrertreffen), stellen keine neue Entwicklung dar. Jedes Jahr wurden ähnliche Veranstaltungen in Berlin abgehalten, und sie haben nie die öffentliche Ordnung in der Stadt bedroht.“

Die Westmächte bekräftigen in den Noten ihr Festhalten am Viermächte-Status. Es wird betont, daß die Abmachungen zwischen der Sowjetunion und den „ostdeutschen Behörden“ die Verantwortung der vier Mächte für die Bewegungsfreiheit in Berlin in keiner Weise vermindern könnten. Wörtlich heißt es in der britischen Fassung der Note: „Die britische Regie-

rung kann daher auch nicht die sowjetische Behauptung hinnehmen, daß die Bewegungsfreiheit zwischen den beiden Teilen Berlins ausschließlich in der Zuständigkeit der ostdeutschen Behörden liegt.“ Die Behauptung der sowjetischen Regierung, daß Berlin zum Territorium der Sowjetzone gehöre und daß der Ostsektor von Berlin die Hauptstadt der Sowjetzone sei, entspreche nicht den Tatsachen.

Abschließend bringen die Westmächte die Erwartung zum Ausdruck, daß die sowjetische Regierung „neue Verletzungen des Status von Berlin und der bestehenden Abmachungen über den freien Zugang nach Berlin“ verhindern werde.

Bonner Regierungskreise sind vor allem über die Klarstellung der rechtlichen Situation Berlins durch die Noten befriedigt. Ein Sprecher des Berliner Senats erklärte, die klare und eindeutige Haltung der Westmächte, wie sie in den Noten zum Ausdruck komme, werden ihren Eindruck auf die Sowjets hoffentlich nicht verfehlen.

Amnestie nicht für politische Häftlinge

Berlin (ap/upi). Der Bundestagsausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen hat sich in seiner zweitägigen Sitzung in Berlin mit der politischen und wirtschaftlichen Lage Berlins, mit den Hintergründen und der Struktur der gegenwärtigen Flüchtlingsbewegung aus der Sowjetzone und mit der vom Sowjetzonen-Staatsrat angekündigten Amnestie von Häftlingen befaßt. Der Ausschuß habe festgestellt, daß die große Mehrheit der politischen Häftlinge von der Amnestie nicht erfaßt werden würde, heißt es in der Verlautbarung.

Wie aus einem Kommuniqué weiter hervorgeht, nahmen an der Tagung, die unter Vorsitz der Abgeordneten Wehner (SPD) und Gradl (CDU) stand, unter anderen Bundesminister Lemmer, der Regierende Bürgermeister Brandt, und Bürgermeister Amrehn teil.

Adenauer trifft de Gaulle

Außenminister bereiten „Kleine Gipfelkonferenz“ vor

Paris (ap/upi). Der französische Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer wollen am 4. Dezember in Paris zusammenkommen und sich bemühen, ihre Meinungsverschiedenheiten über den europäischen Zusammenschluß und die Arbeit in der NATO auszuräumen. Einen Tag später beginnt in Paris die Konferenz der Regierungschefs der sechs EWG-Länder, zu dessen Vorbereitung sich kürzlich die Außenminister der sechs Staaten in Paris trafen.

Die Außenminister sprachen auch über die Ost-West-Beziehungen, das Deutschland- und Berlinproblem sowie die Beziehungen zwischen den EWG-Ländern und den jungen afrikanischen Staaten. Ferner wurde über den Antrag Griechenlands beraten, der EWG als assoziiertes Mitglied beizutreten. Mit der Zustimmung zu dem griechischen Antrag ist zu rechnen; der Vertrag mit Griechenland dürfte dann das Vorbild für künftige Assoziierungsverträge mit der EWG werden.

Dresden in diesen Tagen

Spektakel um Wiederkehr der Gemälde — Alle Bürger sollen Genossen werden

Einige wenige Journalisten aus der Bundesrepublik hatten in den letzten Tagen Gelegenheit, an den mit großem Spektakel aufgezogenen Feiern zum 400jährigen Jubiläum der Dresdner Kunstsammlung in der sächsischen Landeshauptstadt teilzunehmen. Über ihre Eindrücke berichtet unser Mitarbeiter.

Fackeln, Fahnen und Transparente haben die Abordnungen aus den Stadtbezirken mitgebracht. Nun ist es Nacht geworden im Hof des Zwingers, und die Sempgalerie, für siebeneinhalb Millionen Mark wiederaufgebaut, wird zum alten Symbol dieser Stadt mit ihren Gemälden, die nach zehnjährigem Zwangsexil in der Sowjetunion wieder Einzug hielten. Dieser Aufmarsch war zwar befohlen, aber die Leute machten ganz gern mit; denn die Sempgalerie im neuen Glanz bedeutet schon etwas, dafür kann man schon einmal marschieren.

Die Menschen sind an der Ruine des Schlosses, des Taschenbergpalais, der Oper vorbeigezogen, und irgendwo haben sie gelesen, daß diese Überreste des alten Dresden auch einmal drankommen würden, allerdings erst nach dem Kultur- und Parteihaus mit dem riesigen Turm auf dem Altmarkt und dem Thälmannedenkmal, versehen mit einem gewaltigen Balkon für die Funktionärsspitze.

Im Augenblick wird geplant, das Kultur- und Parteihaus ganz modern zu bauen, einen Glaspalast, freilich nicht mehr à la Stalinallee. Aber wer weiß, wie es mit dem „sozialistischen Bauen“ in einem Jahr aussieht. In helles Scheinwerferlicht ist der Zwinger getaucht — das Volk steht vor seinen Funktionären, die mit altbekanntem Überschwang die Sowjetunion preisen. Oberbürgermeister Professor Gute ist unter ihnen, der nach 1945 die Kulturabteilung in der damaligen Landesverwaltung Sachsen leitete. Damals hatte er nicht den Mut, die Sowjetfreunde nach den Bildern zu fragen. Nur der Chefkonservator der Osterliner Skulpturensammlung hatte den Mut; denn er fragte 1946, als Kriegsgefangener, einen sowjetischen Offizier nach den Dresdner Kunstschätzen. Und der Offizier hat ihm geantwortet: „Das sowjetische Volk behält keine

Kunstschätze als Kriegsbeute. Sie werden dem deutschen Volk zurückgegeben.“ Also geschah es, sehr spät freilich und jetzt durchaus nicht ohne parteipolitische Hintergedanken . . .

Eine ganze Woche lang feiert man nun 400 Jahre Dresdner Kunstsammlungen mit Besichtigungen und Vorträgen, die alle der „sozialistischen Museumsarbeit“ dienen sollen. Auch die „sozialistische Kulturrevolution“ soll vorangetrieben werden in diesem Rahmen, angefeuert von den Rembrandts, Rubens und Caspar David Friedrichs in der schönen Galerie. Genosse Sieber

vom Rat des Bezirkes Dresden hat erklärt: „In unserem Bezirk ist die Entwicklung der Kultur noch zu gering. Eine Wende muß herbeigeführt werden. Dazu gehört, die Ansicht mancher Funktionäre auszumerken, daß kulturelle Massenarbeit nichts anderes sei als Freizeitgestaltung und daß Kulturarbeit eine Ressortarbeit der Kulturspezialisten darstelle. Dabei kommt es darauf an, daß bei der Durchführung der Kulturrevolution alle Parteien unseres Staates mithelfen.“

Und nun hat man sogar ein „Bezirks - Kulturzentrum“ geschaffen — in Dresden, in dieser Stadt, die einst voller Kultur war und noch immer so viel Kultur hat, daß die Funktionäre besorgt sind, es könnte nicht ihre Kultur sein . . .

„Es kommt doch mal wieder anders“

In der Technischen Hochschule findet eine Ausstellung von Werken Schmidt-Rottluffs statt, im Schauspielhaus war Uraufführung der „Irkutsker Geschichte“, David Oistrach spielte, Sergej Schaposchnikow, der Leningrader Bariton, sang. Auch „Unbekannte Sowjetlyrik“ wurde gelesen. Und am Postplatz ist der erste Wäscheautomat in Betrieb genommen worden: man kann zwei Mark einwerfen, erhält dafür einen Wäschebeutel, in den man ein schmutziges Oberhemd packt, steckt alles in den Automaten, und später kann man sich das saubere Hemd wieder abholen.

Aber gibt es denn keine Prominenz mehr in der Stadt? Die Witwe des dänischen Dichters Andersen-Nexö lebt hier, jetzt las sie wieder einmal aus den Werken ihres Mannes. Manfred von Ardenne machte eben von sich reden, als er mitteilte, in Wirklichkeit sei die Gaszentrifuge mit Wärmekonvektion, die in Bonn zum Staatsgeheimnis erklärt wurde, von dem in Jena ansässigen Prof. Steenbeck entwickelt worden. Jener also sei der Vater des Verfahrens, nicht Dr. Zippe, der angebliche Erfinder. Und man wußte deshalb ganz genau, was es mit dem

Dingsda auf sich habe, denn entwickelt sei der Apparat in der Sowjetunion worden, er, Ardenne, sei sogar dabeigewesen.

Eine andere Prominenz ist der Maler Seidel, von dem ein Wandgemälde mit Szenen aus Industrie und Handwerk demnächst in Coventry an der Markthalle angebracht wird — eine Schenkung der Stadt Dresden. Eine andere Prominenz ist die im Hygienemuseum hergestellte „Gläserne Kuh“, die nun auch in Ghana und Guinea gezeigt wird. Dafür ist aus diesen jungen afrikanischen Staaten ein SED-Funktionär eben zurückgekehrt, der hohe Aufträge für die Lieferung von Seife mitbrachte. Handel und Wandel sind hier ungemein politisch.

Sorgen bereiten die Kolchosen. So gibt es rings um Dresden Dörfer, in denen mehrere LPG nebeneinander wirtschaften. Das Dorf soll aber, möglichst mit anderen Dörfern zusammen, eine einzige LPG bilden. Auch mit der Entfernung von Grenzsteinen auf den Äckern hat man Kummer: die Produktionsgenossen weigern sich, auf die Abgrenzung ihrer Felder von einst zu verzichten. „Es kommt

Fortsetzung auf Seite 4

Immer mehr Kongresse in Berlin

Anmeldungen aus dem In- und Ausland — 225 000 Gäste bis Juli

DT. Berlin. — Weit über 25 Anmeldungen für große Tagungen und Kongresse mit zum Teil internationaler Bedeutung liegen bereits heute beim Berliner Verkehrsamt für das Jahr 1961 vor. Allein zum „Deutschen Betontag“ im kommenden März erwartet man über 2000 Teilnehmer; für die Deutsche Kunststofftagung im April haben sich 1500 Interessierte angemeldet, und den größten Andrang gilt es im Juli für den Deutschen Evangelischen Kirchentag zu bewältigen. Mindestens 30 000 Gläubige werden aus diesem Anlaß nach Berlin kommen.

Um nur einige weitere Namen zu nennen: Der 31. Deutsche Anwaltstag findet in Berlin statt, die Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft, der Gewerkschaftstag der ÖTV und die Tagung für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Neben diesen Kongressen stehen auch wieder die „Grüne Woche Berlin 1961“, die Ausstellung Wassersport und Wochenende, die Industrieausstellung 1961 und die Internationalen Filmfestspiele auf dem Programm. Neu hinzugekommen ist außerdem zum erstenmal nach dem Kriege die Deutsche Rundfunk-, Fernseh- und Phono-Ausstellung.

Das Verkehrsamt sieht diesem Andrang, der zum großen Teil auch auf die Werbearbeit Berlins in der Bundesrepublik und dem Ausland zurückgeht, gelassen entgegen. Augenblicklich verfügt Berlin über 8500 Fremdenbetten in internationalen Hotels, gutbürgerlichen Häusern und Pensionen. 1957 waren es erst 6000, aber in den letzten Jahren entstanden zahlreiche Neubauten interna-

tionaler Hotels. Und für „Notfälle“ verfügt das Verkehrsamt noch über eine Kartei guter Fremdenzimmer bei Privatleuten.

Ein Beweis für die Anziehungskraft Berlins als Ausstellungsort geben die Besucherzahlen vom Messegelände am Funkturm. Seit 1948 zählte man dort bei den verschiedenen Ausstellungen über 15 Millionen in- und ausländischer Gäste. Rund 5,5 Millionen davon kamen aus Ostberlin und der Sowjetzone.

Trotz der erneuten sowjetischen Drohungen wurden in dem ersten Halbjahr 1960 wieder mehr in- und ausländische Besucher gezählt als im Vorjahr. Insgesamt statteten bis Ende Juli rund 225 000 Gäste Berlin einen Besuch ab, 25 Prozent davon kamen aus dem Ausland. Damit erhöhte sich der Anteil der ausländischen Besucher um 23,3 Prozent, während die Zahl der Berlin-Besucher aus der Bundesrepublik um 12,3 Prozent anstieg. An der Spitze der ausländischen Besucher stehen die USA, gefolgt von Schweden und Großbritannien. Sehr angestiegen ist das Interesse an Berlin in den asiatisch-afrikanischen Ländern. Im Verhältnis zum Vorjahr wurden rund 44 Prozent mehr Besucher aus diesen Ländern gezählt.

Wirtschaft will 1,5 Mrd. geben

Auch Bundesländer zur Beteiligung an Entwicklungshilfe bereit

Bonn (dpa). Die deutsche Wirtschaft will eine Bundesanleihe in Höhe von 1,5 Milliarden DM zeichnen, um den Entwicklungsländern zu helfen. Der Betrag soll der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Dies ist das Ergebnis eines Gesprächs zwischen Bundesbankpräsident Blessing und führenden

Vertretern des Bundesverbandes der Industrie.

Im Einvernehmen mit der Bundesbank soll das Geld bis zur endgültigen Verwendung „konjunkturgerecht“ verwaltet, also stillgelegt werden. Die Anleihe soll bei einem Ausgabekurs zu pari mit fünf Prozent verzinst werden. Ihre Laufzeit beträgt fünfzehn Jahre. Spätestens nach fünf Sperrjahren soll die Anleihe an der Börse eingeführt werden.

Ferner haben sich die Finanzminister der Bundesländer grundsätzlich bereit erklärt, aus eigenen Steuermitteln zur Entwicklungshilfe beizutragen. Die Höhe wurde noch nicht vereinbart. Fest steht bisher nur, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt von den Ländern ein langfristiges Darlehen erhalten wird. Die Bundesregierung schlug 750 Mill. DM vor, was von den Länderministern als zu hoch bezeichnet wird. Es wird aber erwartet, daß die Länder Bundesanleihe in Höhe von 500 Millionen übernehmen werden.

Dresden in diesen Tagen

Fortsetzung von Seite 3

doch mal wieder anders“, sagen sie.

Den SED-Genossen liest der neue Parteisekretär Krolikowski häufig die Leviten. So sollen sie „auch daheim Genosse sein“. Es reicht nicht zu, daß im September 7000 Hausversammlungen mit 72 700 Einwohnern abgehalten wurden. Die tägliche Beeinflussung der Hausbewohner durch den Parteigenossen müsse gewährleistet werden. Denn, so erfuhren die Dresdner, mit Walter Ulbrichts neuem Posten als Staatsrats-

vorsitzendem seien die Leute in den Hausversammlungen gar nicht alle einverstanden.

Daß man dies offen sagt, gehört zu dem neuen, robusten Ton, den Ulbricht selbst angeordnet hat. Er will seine Feinde provozieren, gar zu lange hat es keinen politischen Prozeß mehr gegen prominente Feinde gegeben. Die Hetze gegen die Bundesrepublik wird immer mehr verstärkt, aber es ist fraglich, ob sie auch nur bei ganz simplen Naturen erfolgreich sein kann.

Benno Veltger

Reformation und deutscher Osten

Zum Notstand der evangelischen Kirche in der Zone

Der bekannte evangelische Kunsthistoriker der Erlanger Universität, Professor Dr. Maurer, hat anlässlich des Reformationsfestes das brennende Thema aufgegriffen: Der Notstand der evangelischen Kirche im Ursprungsgebiet der Reformation, im sowjetisch okkupierten Teil von Deutschland. Die Wandlungen, die dort vor sich gehen, und unsere Möglichkeiten im Westen, den Bedrängten „drüben“ zu helfen, sind diese Überlegungen gewidmet.

Das Reformationsfest ist ein junges Fest in der evangelischen Christenheit. Es hat sich als ständige Einrichtung erst im 19. Jahrhundert in Deutschland eingebürgert. Das Wartburgfest, das die Deutsche Burschenschaft am 31. Oktober 1817 beging, zeigt am deutlichsten sein ursprüngliches Gepräge: Es sprach die nationale Verantwortung des deutschen Protestantismus aus und gab zugleich der Sehnsucht nach nationalem und kirchlichem Zusammenschluß Ausdruck.

Damit begann das Zeitalter des Nationalismus; er beherrschte die Gemüter während der Zeitspanne, die abgeschlossen hinter uns liegt. Wir erwehren uns heute der Gefahr, noch in solchem Sinne das Reformationsfest zu feiern. Die Versuchung freilich liegt nahe, wenn wir nach dem Osten unseres Vaterlandes schauen. Die Reformation ist von hier, von Wittenberg ausgegangen. Der evangelische Volksteil macht dort noch heute die überwiegende Mehrheit aus. Und wenn auch der atheistische Zugriff beide christlichen Kirchen in gleicher Weise trifft, so trägt doch die Mehrheitskirche die Hauptlast.

★

Die frühere unierte Kirche Altpreußens (jetzt Evang. Kirche der Union) hat von ihren ehemals sechs östlichen Provinzialkirchen zwei ganz verloren (Ost- und Westpreußen) und zwei zum größten Teil (Pommern und Schlesien); das waren besonders lebendige Glieder an ihrem Leibe. Und im Buch der Kirchengeschichte der Reformation wird ein stolzes Blatt aufgeschlagen, wenn man die Ausbreitung der evangelischen Bewegung in den ostdeutschen Handelsstädten verfolgt, die Oder entlang von Breslau bis

nach Stettin und die Ostseeküste entlang von Wismar, Rostock, Stralsund bis Danzig, Königsberg, Riga. Die Schande, die der Nationalsozialismus im Osten auf den deutschen Namen gehäuft hat, die Schwächung des dortigen Deutschtums, die als Folge davon eingetreten ist, bedeutet offenbar auch eine Schändung und Schwächung der evangelischen Christenheit.

Wie soll sie am Reformationsfest 1960 darauf reagieren? Sie kann und soll den Schmerz nicht verhehlen, der sie erfüllt. In seiner konservativen und in seiner liberalen Prägung war sich der Protestantismus des 19. Jahrhunderts darin einig, daß er nationale Not als kirchliche empfand und umgekehrt. Und so gehören heute — über den Protestantismus hinaus, in beiden Konfessionen — die bewußt kirchlichen Kreise zu denen, die die Not der deutschen Trennung besonders schmerzhaft empfinden.

Gewiß, ein Schmerz läßt sich nachträglich auf seine Ursache hin analysieren; in der unmittelbaren Empfindung aber ist er untrennbar. Für unser inneres Empfinden liegen die Not unseres Volkes und die Not der Kirche untrennbar ineinander. Und doch werden wir heute differenzieren und klarer als unsere Väter im 19. Jahrhundert fragen müssen, wo die Bemühung um die Überwindung der Not einsetzen muß und was jeder auf seinem Platz dafür tun soll. Politische Aktivität kann so oder so geübt werden, von Christen und von Nichtchristen; wie, darüber müssen die verschiedenen Meinungen geprüft und ertragen werden. Menschliche Hilfe von West nach Ost muß in allen nur möglichen Formen geleistet werden. Auch darin besteht kein Unterschied zwischen Christen und Nichtchristen.

Ich meine aber, der evangelischen Christenheit in Deutschland läge angesichts der gemeinsamen Not eine besondere, spezifisch kirchliche Verantwortung auf. Für sie muß innerhalb und außerhalb der Kirche um Verständnis geworben werden. Und das Reformationsfest von 1960 bietet besonderen Anlaß, dieser Verantwortung bewußt zu werden.

★

Ohne Frage: Die Entwicklung, die der Kirchenkampf in der Zone genommen hat, stellt jeden Christen in Ost und West unausweichlich vor neue Entscheidungen. Große Veränderungen sind im kirchlichen Leben eingetreten. Wir greifen die beiden wichtigsten Beispiele heraus: Der Zusammenstoß zwischen atheistischer Jugendweihe und Konfirmation, die, weltanschaulich gesehen, rigorose Schulpolitik der östlichen Machthaber, nach außen unter der Parole des sozialen Fortschritts verfochten, macht einen Umbau der kirchlichen Jugendunterweisung und Jugendführung erforderlich. Er ist noch in vollem Gange; und es kommt alles darauf an, daß es kein Abbau, sondern ein Neubau werde. Die Kollektivierung der Landwirtschaft hat die Struktur der meisten Kirchengemeinden von Grund auf verändert. Von der Landnahme an hatte sich das Dorf des deutschen Ostens um die Kirche herum als den Mittelpunkt organisiert. Jetzt wird sich das christliche Gemeinschaftsleben mit seinen gottesdienstlichen Ordnungen ganz neue Formen suchen müssen. Die Volkskirche in der überlieferten Form besteht nicht mehr.

★

Wir können und dürfen im Westen diese Entwicklungen nicht als bloße Zuschauer wahrnehmen. Wir müssen mitdenken, mitteilen, mitlieben. Wir sollen nicht jammern. Was jetzt geschieht, braucht nicht bloß ein Unglück zu sein, kann Anfang zu kraftvollem Neubeginn

Fortsetzung auf Seite 6

Verschieben sich die Sowjet-Klassen?

Internationale Kreml-Beobachter über die Situation in der Sowjetunion

K. St. München, Anfang Nov. „Die völlige Kontrolle über die Volksmassen gerät ins Wanken. Es bahnt sich eine Verschiebung innerhalb der sozialen Klassen an. Es entstehen neue Gesellschaftsgruppen vom ‚Freiberufstätigen‘, die offiziell ‚Müßiggänger‘ genannt werden.“ So analysierte Professor A. A. Avtorchanow vom Institut zur Erforschung der UdSSR in München auf dessen Jahreskonferenz die gegenwärtige innenpolitische Entwicklung seines früheren Heimatlandes. Der namhafte Experte wertete die sich mehrenden Korruptionfälle innerhalb der Sowjetaristokratie als das Ergebnis der Verbindung Chruschtschow mit der „neuen Klasse“. Im Grunde sei die Chruschtschow-Ära eine Erscheinung des „aufgeklärten Stalinismus“.

Auch Prof. Charles McLane vom Dartmouth College (USA) verglich den Aufstieg Chruschtschows mit der Machtentfaltung seines Vorgängers. In beiden Fällen habe es

zunächst eine kollektive Führung gegeben, die sich jeweils infolge der Intrigen des Parteichefs zur Einmann-Diktatur entwickelt habe. Und in beiden Fällen habe sich die Opposition am längsten im Parteipräsidium gehalten. Im Gegensatz zu Stalin aber behaupte Chruschtschow seine Position nicht durch grenzenlosen Terror, sondern stütze sich auf seine Anhänger, die er avanciert habe. „Aber es ist anzunehmen, daß sich diese Leute nicht immer wie Automaten ihm gegenüber verhalten werden.“

Trotz des Feldzuges gegen den Personenkult würden Stalins absolutistische Grundsätze beibehalten, meinte ein anderer UdSSR-Erforscher, Prof. Jurczenko. Nach wie vor stünden dem Beispiel der Arbeitseinsatz und die Verteilung der Konsumgüter unter der Kontrolle des Staates. Dazu gehörten auch das gesamte Kulturschaffen, die Volksbildung und die Gesetzgebung. Wie damals, so sei es auch jetzt nicht möglich, ohne die Partei den

Aufbau der kommunistischen Gesellschaft erfolgreich voranzutreiben.

Als eine „kalte Säuberung des Offizierskorps“ bezeichnete Nikolai Galay auf der Münchner Konferenz der Kreml-Astrologen die bevorstehende Demobilisierung in der Sowjetunion, die 250 000 Offiziere außer Dienst stellen soll. Es sei im Westen viel zu wenig beachtet worden, daß zu den Punkten dieser Militärreform auch die teilweise Einführung einer kollektiven Befehlsgewalt und die Änderung des politischen Schulungssystems gehörten. Der geflüchtete Sowjetoffizier Galay sieht darin gewisse Einflüsse von seiten Chinas, das 1958 versteckte Kritik an der Art der marxistisch-leninistischen Grundhaltung der Sowjetarmee geübt habe.

Und welche Rolle spielt heute die Jugend in der UdSSR? „Sie wird nicht mehr vom revolutionären Pathos geleitet“, meinte Dr. Martin Stieger (Marburg). Sie glaube nur noch ihrer eigenen Erfahrung. Die meisten jungen Menschen zwischen 15 und 28 Jahren schlugen den Weg der „vorläufigen Daseinshaltung“ ein. Die privaten Neigungen überwiegen die politischen Interessen. Sogar in der Sowjetpresse würden immer häufiger Stimmen veröffentlicht wie: „Ich habe die Revolution nicht gewollt“ oder „Es ist langweilig auf den Komsomolversammlungen“.

Diese Entwicklung innerhalb der Jugend habe die Sowjetregierung zu Gegenmaßnahmen auf dem Schulsektor genötigt, erklärte Dr. Ramazan Karca. Dazu gehörten: erweiterter Ausbau der Internatsschulen, Ausdehnung des Schulunterrichts auf den ganzen Tag. Es komme dem Kreml jetzt darauf an, die Schuljugend möglichst von den Einflüssen des Elternhauses abzuschirmen, um sie besser für die Ziele des Kommunismus auszurichten. Trotzdem müßten die Zweifel an der Absolutheit der bolschewistischen Ideen weiter um sich greifen.

Reformation und deutscher Osten

Fortsetzung von Seite 5

werden. Morsches fällt; was an Leben vorhanden ist, sucht im Zusammenstoß mit der Welt seine neue Prägung. Wir hier können dabei kaum mitraten, die Entwicklung mitgestalten. Aber wir sollten dafür sorgen, daß wir den Anschluß nicht verlieren.

Es wäre für unser Volk und für die ganze Christenheit ein Unglück, wenn die evangelischen Christen im deutschen Osten allein gelassen würden auf diesen beschwerlichen Wegen. Hier ist es nicht getan mit wehleidigem Mitgefühl, mit Sympathien, die nichts kosten. Der westdeutsche Protestantismus muß den Weg des ostdeutschen mitgehen. Die organisatorische Verbindung, die in wichtigen Resten noch besteht, kann nicht bloß im rechtlichen Bereich festgehalten werden. Sie muß vom Geistlichen her er-

füllt, getragen werden. Und zwar so, daß geistliche Entscheidungen, die im Osten gefallen sind, im Westen mit- und nachvollzogen werden.

Die Christenheit muß wachsen sein für die geistigen Mächte der Zeit. Kampferfahrungen, wie sie jetzt von den Christen des Ostens gemacht werden, müssen für die Gestaltung des kirchlichen Lebens auch im Westen fruchtbar gemacht werden. Herz voller Geduld und wacher Liebe. Und wenn sich bei uns unter dem Eindruck solcher Erfahrungen etwas ändert, etwa in der Praxis der Konfirmation, dann darf das nicht der ungehemmten Experimentierfreudigkeit einiger kirchlicher Experten zur Last gelegt, dann muß das vielmehr gewürdigt werden als Ausdruck unserer Solidarität mit der schwer bedrängten östlichen Christenheit.

„Berlin Angriffspunkt Nr. 1“

Außenpolitische Debatte im britischen Unterhaus

London (ap/dpa). Der stellvertretende britische Außenminister Heath erklärte in einer außenpolitischen Debatte des Unterhauses, Berlin sei gegenwärtig der Angriffspunkt Nummer 1 der Sowjets. Der Westen werde jedoch ohne Schwanken an seinen Rechten in Berlin festhalten und illegale Handlungen der Sowjetunion oder der sowjetzonalen Regierung nicht stillschweigend hinnehmen. Heath vertrat die Überzeugung, daß die Sowjetunion offenbar im Moment nicht bereit sei, zu ernsthaften Verhandlungen zurückzukehren. Seit Genf habe Moskau den Druck auf den Westen erhöht.

Heath verteidigte die westlichen Gegenmaßnahmen in Berlin, die er „vernünftig und gerechtfertigt“ nannte. Pankow brauche nur die frühere Lage im Berliner Reiseverkehr wiederherzustellen und der Westen würde seine Gegenmaßnahmen beenden.

Der stellvertretende Außenminister versicherte, in Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik seien Vorkehrungen getroffen worden, daß durch die Reisebeschränkungen für Vertreter der Sowjetzone nicht die Handelsinteressen einzelner westlicher Staaten einseitig leiden. Wenn die Mitglieder des Unterhauses meinten, die Beschränkungen wirkten sich einseitig gegen die britischen Han-

delsinteressen aus, so sollten sie entsprechende Hinweise geben.

Gegen heftige Angriffe der Labour-Opposition nahm Verteidigungsminister Watkinson das Abkommen über die Stationierung von amerikanischen Polaris - Atom - U-Booten in Schutz. Die Frage, wer über den Einsatz von Atomwaffen im Ernstfall mitzubestimmen habe, dürfe nicht zu sehr dramatisiert werden. Zuviel Mitspracherecht müsse zu Komplikationen führen und würde unter Umständen den rechtzeitigen Einsatz dieser Waffe verhindern. Die britische Regierung habe aber die feste Zusicherung, daß die Raketen nicht von britischen Hoheitsgewässern abgefeuert werden.

Einige Zweifler in den Vertriebenenverbänden dürften sich mit der Zeit beruhigen können; denn mit Merkatz ist ein vorbildlicher Politiker auf den Ministersessel berufen worden. Allerdings kann er keine laute Tätigkeit in einer dieser Organisationen nachweisen, und vielleicht mag dieser Mangel die Distanz einiger Verbandsprecher zu Merkatz erklären. Was allerdings das Wissen über die Probleme der verlorenen Heimat betrifft, die Kenntnisse über Land und Leute, über die Geschichte und nicht zuletzt über die Leistungen des deutschen Ostens, so ist Merkatz schon der rechte Mann.

Übrigens: Das Thema seiner Promotion ist bis heute aktuell geblieben: „Politische Entwicklung und rechtliche Gestaltung der Ministerverantwortlichkeit.“ Es heißt darin: „Damit ist (im parlamentarischen System) der Weg für den Parlamentarier, den Berufspolitiker zum Ministeramt eröffnet. Die Ministerstellung ist nicht mehr die Krönung der Laufbahn eines Beamten, sondern das Ergebnis einer politischen Konstellation. Dabei bestimmen seine Stellung die Parteiverpflichtungen, die schärfer oder schwächer, je nach der geistigen Struktur der Partei, der er angehört, ausgeprägt sein können. Darin liegt die Möglichkeit der vollkommenen Unterwerfung der Regierung unter das Parlament, den Parlamentarierabsolutismus.“

Als Referent am Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches Recht und Völkerrecht und am Ibero-Amerikanischen Institut in Berlin hat er sich später mit Rechts- und Verfassungsproblemen Lateinamerikas beschäftigt. 1939 wurde er Soldat, verließ jedoch 1941 als Gefreiter und schwer krank den Militärdienst. 1945 wurden die Eltern seiner Frau im märkischen Wusteritz von Russen ermordet. Die Familie floh nach Wasten und fand in Hämelschenburg an der Weser eine neue Heimat.

Merkatz' politisches Wirken ist dadurch geprägt, daß er von Anfang an kompromißlos die Außenpolitik der Bundesregierung unterstützt und in härtesten Gefechten verteidigt hat.

Anwalt des deutschen Ostens

Dr. von Merkatz übernimmt das Vertriebenenministerium

Die Zeit des Ratens um die Nachfolge im Vertriebenenministerium hat in der vergangenen Woche ihr Ende gefunden. Dr. Hans Joachim von Merkatz ist der Nachfolger in diesem Amt, das seit dem Rücktritt Professor Oberländers verwaist war und für dessen rasche Besetzung sich die Vertriebenenverbände seit langem hartnäckig eingesetzt hatten.

Die Sitzungen, in denen der damalige DP-Abgeordnete von Merkatz auf das Rednerpult stieg und in brillantem Stil zu den brennenden Fragen der deutschen Politik sprach, zählen ohne Zweifel zu den Ereignissen im Deutschen Bundestag. Auch als späterer Minister für Fragen des Bundesrats besaß von Merkatz die Gabe, sehr klar, hart und überzeugend einen Standpunkt zu vertreten, dabei niemanden zu schonen, aber noch weniger jemand zu

verletzen. Es haben sich von den großen Rednerbegabungen des Bundestages eigentlich nur wenige so sattelfest im Staats- und Völkerrecht zu äußern vermocht wie von Merkatz, und das bemerkenswerte dabei war, daß niemand diese Exkursionen ermüdend und zu abstrakt gefunden hat.

Als Hans Joachim von Merkatz mit einigen seiner DP-Freunde nach langem Überlegen zur CDU/CSU-Fraktion übertrat, gehörte er zweifellos zu denen, die man im neuen Lager ohne jeden Vorbehalt aufnahm. Gewiß, man sagt ihm nach, daß er ein handfester „altpreußischer Konservativer“ sei; er hat das schließlich vor Jahren selbst gesagt, wobei er nicht „deutschnational“ gemeint wissen wollte. Für ihn ist Preußen nicht die politische Macht, eher eine sittliche, moralische Kraft. Zudem ist er Preuße von Generationen her.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred - von - Richthofen - Str. 2



BILDER DER WOCHE. Oben: Mit einem Konfettiregen begrüßten die New-Yorker Präsident Eisenhower, der zusammen mit dem Präsidentschaftskandidaten Nixon (rechts) und dessen zukünftigen Stellvertreter Cabot Lodge (links) zu einer großen Wahlveranstaltung der Republikaner nach New York kam. — Unten: Zur Klärung des Luftzwischenfalls mit der Maschine Königin Elizabeths trat eine deutsch-britische Untersuchungs-Kommission zusammen.

